

Am Mett möchte wissen, wie weit die Veraltung mit der Aufstellung des Bauflächenkatasters sei.

FBL Schneider erläutert, dass die Aufstellung des Bauflächenkatasters zwar aufgrund des Einsatzes eines neuen EDV-Systems einen längeren Zeitraum in Anspruch genommen habe. Das Kataster sei daher erst kürzlich fertig gestellt worden, so dass man in einer der nächsten Sitzungen darüber informieren werde.

FGL Schmidt ergänzt, dass es sich bisher bei den Bauflächen um private Baugrundstücke handele. Man werde nun kurzfristig aufgrund einer Anforderung durch den Oberbergischen Kreis das Bauflächenkataster auf gewerbliche Bauflächen ausdehnen. Hier müsse man den Bestand an freien, ungenutzten sowie bebauten Grundstücken darstellen.

AM Rönchen fragt, ob es in der Gemeinde Nümbrecht auch öffentliche Defibrillatoren gebe.

BM Redenius erwidert, dass es im Schwimmbad, im Park-Hotel, in der Bären-Apotheke und auf der Tennisanlage Defibrillatoren gebe.

AM Rönchen bittet darum, die Standorte nochmals öffentlich bekannt zu machen.

Am Frommhold regt an, diesbezüglich Hinweisschilder aufzustellen, damit man im Notfall schnell Zugriff habe.

BM Redenius sichert zu, dass diese nochmals erneut öffentlich bekannt gemacht werden.

AM Rönchen weist darauf hin, dass die Bänke im Kurpark teils in einem desolaten Zustand seien und dass im Eingangsbereich des Kurparks Papierkörbe fehlten.

FBL Schneider sichert zu, dass der Kurpark diesbezüglich gesichtet werden müsse und auch die Standorte der Ruhebänke teilweise neu festgelegt werden müssten.

Kämmerer Mast ergänzt, dass Parkbänke und Papierkörbe mit Mitteln der Frese Peters Stiftung einmal pro Jahr beschafft würden.

Am Otterbach weist darauf hin, dass der Heimatverein von der Sparkasse zweckgebunden für den Kurpark eine größere Summe erhalten habe, die seit längerem zur Verfügung stehe.

FBL Schneider erklärt, dass die Planungen noch nicht ganz abgeschlossen seien.

AM Schröder möchte wissen, was es mit einer Regelung auf sich habe, die die Arbeitszeit von Ehrenamtlichen begrenze.

BM Redenius erläutert, dass er in einem Presseartikel gelesen habe, dass die EU neue Arbeitszeitregelungen plane. Die wöchentliche Arbeitszeit solle max. 47 Stunden betragen. Hierzu zähle auch die Zeit, die ehrenamtlich gearbeitet werde, wenn es vergleichende berufliche Tätigkeiten gebe, wie z.B. Feuerwehr: es gebe auch eine Berufsfeuerwehr.

Eine weitere Regelung sei auch hinsichtlich der Erhebung von Mehrwertsteuer/Umsatzsteuer vorgesehen. Bislang werde z.B. auf Abwasser keine Umsatzsteuer erhoben. Zukünftig könne es sein, dass 19 % Umsatzsteuer erhoben werden müssten, da die gemeindeeigenen Betriebe eine Leistung erbringen, die konkurrierend zu anderen Betrieben tätig seien. Andere, private Betriebe müssen aber 19 % Umsatzsteuer erheben.

Am Pracejus möchte wissen, ob die Inhalte des Einzelhandelskonzepts mittlerweile mit der IHK und der Bezirksregierung abgestimmt seien.

FBL Schneider bejaht dies und teilt mit, dass das Ergebnis in einer der nächsten Ratssitzungen vorgestellt werde.